



An den Grossen Rat

22.5069.02

PD/P225069

Basel, 23. Februar 2022

Regierungsratsbeschluss vom 22. Februar 2022

Interpellation Nr. 15 von Pascal Messerli betreffend «Stadtflucht von Schweizerinnen und Schweizer infolge links-grüner Regierungsmehrheit – was wird dagegen unternommen?»

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 9. Februar 2022)

«Die Basler Zeitung nahm vor einigen Tagen in ihrer Berichterstattung Bezug auf eine UBS-Studie mit entsprechenden Zahlen über alle Gemeinden der Schweiz. Diese Studie kommt zum fatalen Schluss, dass immer mehr Ansässige Basel verlassen und wegziehen. Seit Jahren verlassen mehr Schweizer Bürgerinnen und Bürger die Stadt, als dass zuziehen.

Die Studie belegt weiter, dass Basel deutlich an Anziehungskraft verloren hat – es wird gar von einer „angespannten Situation“ gesprochen. Tückisch dabei ist, dass dieser Trend nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist, da die internationale Zuwanderung diesen Umstand verdeckt.

Weiter kommt hinzu, dass diese internationalen Zuwanderer („Expats“) Basel nur als Durchlauferhitzer sehen. Deren Zuwanderung in die Stadt ist nicht nachhaltig, da sie nach einer gewissen Zeit Basel entweder wieder verlassen, um an einem anderen Ort weiterzuarbeiten, oder aber – wie die ehemals ansässigen Schweizerinnen und Schweizer – selbst in andere Kantone ziehen.

Mit der Annahme der extremen Wohnschutzinitiative Ende November 2021 wird sich dieser Trend noch verschärfen. Auch die vom Regierungsrat angestrebte Wohnbauoffensive wird diese Stadtflucht kaum beheben können, da die weiteren Effekte wie hohe Krankenkassenprämien und Steuern (sehr hohe Progression), einseitiges Verkehrsregime, schlechte Sicherheitslage und ein miserables Bildungsniveau an den städtischen Schulen für den Mittelstand und Familien weiterhin problematisch bleiben.

Somit zeigt sich, dass die vergangenen 17 Jahre links-grüne Regierungsmehrheit keinesfalls ein Erfolg für unsere Stadt waren. Die negative Binnenwanderung, die höher als in anderen Grossstädten der Deutschschweiz ist, hält unvermindert an und hat mittel- und langfristig erhebliche Konsequenzen für das Zusammenleben in unserer Stadt.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist diese negative Binnenwanderung für den Regierungsrat nicht auch alarmierend und welche Schlüsse zieht er aus der besagten Studie der UBS?
2. Weshalb steht Basel im Vergleich zu anderen Grossstädten und Gemeinden der Deutschschweiz so viel schlechter da?
3. Angesichts dieser Stadtflucht: Welche Ziele setzt sich der Regierungsrat, um sicherzustellen, dass insbesondere wieder vermehrt Schweizerinnen und Schweizer in die Stadt ziehen resp. keine weiteren Schweizerinnen und Schweizer aus der Stadt abwandern?

4. Wird sich aus Sicht des Regierungsrates diese Situation angesichts der von der Stimmbevölkerung angenommenen Wohnschutzinitiative noch verschärfen?
5. Ist der Regierungsrat bereit, dringende Sofortmassnahmen zu ergreifen, um diesem Trend entgegenzuwirken und namentlich Verbesserungen im Bereich Sicherheit, Sauberkeit, Bildung und Steuern zu ergreifen?

Pascal Messerli»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitung

Der Kanton Basel-Stadt zählte Ende des Jahres 2021 knapp 202'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Siebzehn Jahre zuvor lag dieser Wert noch bei knapp 189'000. In dem vom Interpellanten angesprochenen Zeitraum hat die Bevölkerung also durchschnittlich um über 750 Personen pro Jahr zugenommen.

Die Bevölkerung bewertet im Lauf der Zeit auch die Lebensqualität immer besser: Auf einer Skala von 1 (schlechtester Wert) bis 10 (beste Wert) haben in der letzten Bevölkerungsbefragung im Jahr 2019 gut 72 % den Wert 8 oder mehr vergeben. Im Jahr 2005 lag der Anteil der Bevölkerung mit dieser positiven Bewertung bei rund 53 % und damit noch deutlich tiefer.

Basel ist zudem das Zentrum einer sehr dynamischen Wirtschaftsregion. Der Kanton hat die grossen globalen Krisen sehr gut bewältigt. Das Bruttoinlandprodukt im Kanton Basel-Stadt ist im betrachteten Zeitraum um rund 60 Prozent gewachsen. In der Folge dieser wirtschaftlichen Dynamik sind auch die Einkommen und das Steuersubstrat gestiegen. Gemäss aktueller Steuerstatistik liegen die durchschnittlichen Reineinkommen heute beispielsweise sieben Prozent über dem Wert von einem Jahrzehnt zuvor.

Gleichzeitig herrscht u. a. aufgrund des Bevölkerungsdrucks bzw. der Attraktivität von Basel auf dem Wohnungsmarkt weiterhin eine angespannte Situation. Die Mietpreise in Basel haben sich gemäss Mietpreisindex in dem vom Interpellanten genannten Zeitraum um rund 22 % erhöht. Die Leerstandquote lag in den letzten siebzehn Jahren unter dem Wert von 1,5 %; ein Wert, welcher akuten Wohnungsmangel anzeigen. Seit dem Tiefststand im Jahr 2014 stieg die Quote kontinuierlich auf heute 1,1 % – nicht zuletzt durch eine erhöhte Wohnbautätigkeit.

Die zunehmenden Bevölkerungszahlen, eine steigende Zufriedenheit der Bevölkerung, eine hohe wirtschaftliche Dynamik, ein steigendes Steuersubstrat sowie der Nachfragedruck auf dem Wohnungsmarkt sind eindeutige Belege für die hohe Anziehungskraft des Kantons Basel-Stadt.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Ist diese negative Binnenwanderung für den Regierungsrat nicht auch alarmierend und welche Schlüsse zieht er aus der besagten Studie der UBS?*

Der Regierungsrat interpretiert die negative Binnenwanderung im Kontext der Gesamtsituation. Als Folge der international ausgerichteten Unternehmen, die ihre hochqualifizierten Fachkräfte global rekrutieren und einen wichtigen Beitrag zu einem dynamischen Arbeitsmarkt leisten, profitiert der Kanton Basel-Stadt von der Zuwanderung aus dem Ausland.

Eine negative Binnenwanderung innerhalb der Agglomeration Basel ist nicht alarmierend, sondern unterstreicht die Dynamik und ist ein Zeichen für die hohe globale Attraktivität der Region Basel.

Aufgrund der jährlich publizierten Wanderungsanalysen des Statistischen Amtes ist bekannt, dass der Wanderungssaldo bei den schweizerischen Einwohnerinnen und Einwohnern negativ ausfällt.

So ist feststellbar, dass der Wegzug der Schweizerinnen und Schweizer seit dem Jahr 2008 real zurückgegangen ist.

2. *Weshalb steht Basel im Vergleich zu anderen Grossstädten und Gemeinden der Deutschschweiz so viel schlechter da?*

Der Regierungsrat teilt diese Ansicht nicht. Kantonsvergleichende Rankings bescheinigen dem Kanton Basel-Stadt in Bezug auf die Standortattraktivität immer wieder eine Spitzenposition innerhalb der Schweiz.

Generell ist darauf hinzuweisen, dass kantonale Vergleiche oder Vergleiche auf der Stadt- und Gemeindegrenze vorsichtig zu interpretieren sind, gerade im Fall des Kanton Basel-Stadt, bei dem ein Umzug in die Agglomeration meist mit einem Kantonswechsel einhergeht. Wird nur ein einzelner Wert betrachtet, ist dieser häufig nicht aussagekräftig, weil strukturelle Eigenheiten diesen Wert stark beeinflussen können.

3. *Angesichts dieser Stadtfliucht: Welche Ziele setzt sich der Regierungsrat, um sicherzustellen, dass insbesondere wieder vermehrt Schweizerinnen und Schweizer in die Stadt ziehen resp. keine weiteren Schweizerinnen und Schweizer aus der Stadt abwandern?*

Der Regierungsrat differenziert nicht nach Nationalität. Um mehr Personen das Wohnen innerhalb der Kantongrenzen zu ermöglichen, will der Regierungsrat ein vielfältiges Wohnraumangebot schaffen. Den Arealen in Transformation kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu.

4. *Wird sich aus Sicht des Regierungsrates diese Situation angesichts der von der Stimmbevölkerung angenommenen Wohnschutzinitiative noch verschärfen?*

Der Regierungsrat geht nicht davon aus, dass sich die Umsetzung des Wohnschutzes in den Wanderungsbewegungen bemerkbar macht. Die Wohnbauproduktion ist nach wie vor hoch. In den nächsten Jahren kommen zahlreiche neue Wohnungen sowohl von privaten als auch gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen und -trägern auf den Markt. Längerfristig besteht mit den Arealen in Transformation ein grosses Potenzial für attraktive neue Wohnungen.

5. *Ist der Regierungsrat bereit, dringende Sofortmassnahmen zu ergreifen, um diesem Trend entgegenzuwirken und namentlich Verbesserungen im Bereich Sicherheit, Sauberkeit, Bildung und Steuern zu ergreifen?*

Der Regierungsrat beobachtet die Entwicklungen im Kanton laufend und reagiert angemessen. Für dringende Sofortmassnahmen sieht der Regierungsrat keine Notwendigkeit.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin